

An die
Personen gemäss
Verteilerliste

6460 Altdorf, 5. Juli 2006 / pH

Orientierung über Entscheid des Regierungsrates zur zukünftigen Struktur der Berufsfachschulen

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. Juli 2006 haben wir Sie zu einer Veranstaltung eingeladen, um Sie aus erster Hand über den Beschluss des Regierungsrates zu orientieren. Mit diesem Schreiben informieren wir Sie auch schriftlich über den Beschluss.

Beschluss des Regierungsrates

An seiner Sitzung vom 4. Juli 2006 hat der Regierungsrat folgenden Beschluss gefasst:

„Der Regierungsrat will die Strukturen der Schulen verbessern (Ziel C3 Regierungsprogramm 2004 bis 2008). In diesem Rahmen hat er als eine mögliche Massnahme im Regierungsprogramm festgehalten: „Wir prüfen eine Zusammenlegung der Urner Berufsfachschulen und setzen die Zusammenlegung um, wenn sie sich als sinnvoll erweist.“ Gestützt auf einen entsprechenden Antrag der BKD, den Projekt- sowie den Expertenbericht beschliesst der Regierungsrat Folgendes:

- *Die Berufs- und Weiterbildungsverordnung ist für die Vernehmlassung so zu formulieren, dass künftig im Kanton Uri eine einzige Berufsfachschule geführt wird.*
- *Die BKD wird beauftragt, die direkt involvierten Personen über diesen Beschluss am Donnerstagmorgen (8.00 Uhr, Bauernschule) zu informieren. Bis dahin gilt eine Informationssperre.*
- *Der Kaufmännische Verein ist einzuladen, sich zum Vorhaben bis zum 6. Oktober 2006 zu äussern.*

Projektverlauf

Der Regierungsrat genehmigte am 20. September 2005 die Projektorganisation zur Prüfung der Zusammenlegung der Urner Berufsfachschulen. Darauf setzte die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) mit Beschluss vom 14. November 2005 eine Projektgruppe unter der Leitung des Bildungs- und Kulturdirektors und eine Steuergruppe ein, welcher der Bildungs- und Kulturdirektor, der Finanzdirektor, der Präsident des Kaufmännischen Vereins und der Direktionssekretär der BKD angehörten. Als externer Moderator wurde Felix Oesch verpflichtet.

Aufgrund der Arbeit in der Projektgruppe entstand ein Projektbericht. Da die Steuergruppe die Ansicht vertrat, dieser Projektbericht enthalte nicht alle notwendigen Informationen, damit der Regierungsrat einen Entscheid fällen könne, gab sie am 24. Mai 2006 weitere Aufträge:

- Der Kaufmännische Verband (KV) solle Stellung nehmen, ob er bereit sei, eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, welche eine echte Trägerschaft und folglich auch finanzielle Risiken beinhaltet. Als Entscheidungsgrundlage wurde von der BKD ein Entwurf über den Inhalt einer möglichen zukünftigen Leistungsvereinbarung erarbeitet.
- Die BKD soll einen Bericht verfassen und darin Überlegungen zur Zukunft anstellen, Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren auflisten, ein mögliches Modell vorschlagen und dieses allenfalls mit anderen Schulen vergleichen.
- Der externe Berater solle seine persönliche Meinung in einem Bericht festhalten.

Mit Schreiben vom 23. Juni 2006 teilte der KV mit, dass er klar die Variante einer eigenständigen Führung der Kaufmännischen Berufsschule im Rahmen einer Leistungsvereinbarung favorisiert. Er ersuchte den Regierungsrat darum, ihm Zeit bis anfangs November 2006 zu geben, um eine fundierte Antwort ausarbeiten zu können. Die BKD und der Experte erstellten die verlangten Berichte.

Unterlagen für den Entscheid

Der Regierungsrat stützte somit seinen Entscheid auf folgende Unterlagen:

- Expertenbericht von Felix Oesch,
- Projektbericht mit Anhängen, wie er von der Projektgruppe verabschiedet wurde,
- Brief des Kaufmännischen Vereins Uri,
- Bericht der Bildungs- und Kulturdirektion.

Diese Unterlagen sind mit Ausnahme des Expertenberichtes auf dem Internet unter www.ur.ch Behörden – Regierung/Verwaltung - Bildungs- und Kulturdirektion – Direktion aktuell abrufbar. Der persönliche Bericht des Experten wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Begründung des Entscheides

Aufgrund folgender Überlegungen hat der Regierungsrat beschlossen, die Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung (BWV) so zu formulieren, dass künftig der Kanton eine einzige Berufsfachschule führt und keine Leistungen beim Kaufmännischen Verein mehr einkauft:

- Das Bundesgesetz verpflichtet die Kantone für ein bedarfsgerechtes Angebot an Berufsfachschulunterricht zu sorgen. Der Kanton Uri nimmt diese Aufgabe wahr, indem er zahl-

- reiche interkantonale Vereinbarungen abgeschlossen hat und eigene Berufsfachschulen führt. Künftig soll der innerkantonale Berufsfachschulunterricht - wie der ausserkantonale - Sache des Kantons sein und von diesem organisiert und finanziert werden.
- Es ist ein Effizienzgewinn zu erwarten, indem bei gleicher Leistung die Kosten leicht sinken werden.
 - Die Steuerung des Berufsfachschulunterrichts wird vereinfacht, indem die Zahl der Ansprechgremien und Ansprechstellen von drei auf eine reduziert wird. Gleichzeitig sinkt der Aufwand für die Koordination.
 - Das neue Berufsbildungsgesetz auf eidgenössischer Ebene bringt als wesentliche Neuerung den Übergang von der am Aufwand orientierten Einzelsubventionierung (beispielsweise Beitrag an die Lehrerbesoldung) zur pauschalen Finanzierung pro Lehrverhältnis. Dieses neue Subventionssystem wird eine Dynamisierung der Berufsfachschullandschaft zur Folge haben. Um hier für Uri in der Zentralschweiz einen Platz sichern zu können, ist es notwendig, die Kräfte zu bündeln. Gut die Hälfte der Lernenden aus dem Kanton Uri besucht heute eine Berufsfachschule ausserhalb des Kantons. Es ist ein erklärtes Ziel des Regierungsrates, dass vermehrt auch ausserkantonale Lernende die Berufsfachschule im Kanton Uri besuchen. Für diese interkantonale Zusammenarbeit ist der Kanton zuständig. Um sich in der Zukunft innerhalb der Zentralschweiz zu positionieren, braucht es eine aktive Rolle des Kantons. Der Kanton kann einfacher und schneller reagieren, wenn innerhalb des Kantons nur eine Berufsfachschule geführt wird und der Kanton diese selber führt.
 - Auf Ende des Schuljahres 2005/06 verliessen 478 Schülerinnen und Schüler die obligatorische Schule. Gemäss Schulstatistik zeichnet sich ab, dass bis zum Schuljahr 2009/10 diese Zahl um 10 Prozent und bis 2013/14 sogar um 20 Prozent sinken wird. Die neue Schulstruktur kann flexibler auf diese Änderungen in den Schülerzahlen und auf das geänderte Umfeld (BBG) reagieren.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass ein Zusammenschluss eine Chance darstellt, die gegenseitigen Kompetenzen zu bündeln und so die Position für die regionale Zusammenarbeit zu verbessern.

Weiteres Vorgehen


Der Regierungsrat beabsichtigt den Entwurf für eine neue Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung (BWV) noch vor den Sommerferien in eine breite Vernehmlassung zu geben. Die betroffenen Kreise können im Rahmen dieser Vernehmlassung auch Stellung zum Zusammenschluss der Berufsfachschulen nehmen. Es ist geplant, die BWV dem Landrat in der Dezembersession zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich weiss, dass dieser Entscheid Unbehagen und Unsicherheit auslöst. Wir sind uns auch bewusst, dass der Zeitpunkt höchst unglücklich gewählt ist. Der Regierungsrat hat sich den Entscheid nicht leicht gemacht. Er ist aber überzeugt, dass es ein richtiger Entscheid für die Zukunft ist. Ich danke Ihnen für Ihre Bereitschaft, den Entscheid zu akzeptieren und mitzutragen.

Gerne sind wir zu weiteren Auskünften bereit.

Freundliche Grüsse

Bildungs- und Kulturdirektion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Arnold H', written in a cursive style.

Josef Arnold, Regierungsrat

Geht an:

- Präsident Kaufmännischer Verein
- Mitglieder Berufsbildungskommission (BBK)
- Mitglieder Landwirtschaftliche Berufsbildungskommission (LBBK)
- Mitglieder Unterrichtskommission (UK)
- Schulleitungen Kantonale Berufsschule, Kaufmännische Berufsschule, Bauernschule
- Lehrpersonen Kantonale Berufsschule, Kaufmännische Berufsschule, Bauernschule
- Amt für Berufsbildung und Mittelschulen
- Direktionssekretariat